Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haß,
S. W. Corner Third and coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 1ten u. 3ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen; im Kgr. Sachsen u. Hrzgth. Sachs.-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pf.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerksgenossenschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreigespaltene Petit-Zeile berechnet.

Nr. 54. Mittwoch, 12. Mai. 1875.

Ueber den Programmentwurf.

Zwei Stimmen aus der Partei.

I.

Zum neuen Parteiprogramm.

„Kein Ort der Freiheit sei dem andern fremd."

Wenn wir hiermit den von allen Gesinnungsgenossen mit Freuden begrüßten Entwurf eines neuen und Allen gemeinschaftlichen Parteiprogramms zum Gegenstande einer Besprechung machen, so geschieht es nicht, um in eine ausführliche Erörterung der einzelnen Paragraphen desselben einzugehen. Das bleibe berufeneren Kräften vorbehalten. Vielmehr ist es ein einzelner Punkt jenes Entwurfes, dem unsere Betrachtung gelten soll und auf den wir die Erwägungen aller Gesinnungsgenossen hinlenken möchten, weil er uns von einschneidender prinzipieller Wichtigkeit zu sein scheint — eine Ansicht, in welcher wir durch die vielfache Hervorhebung, die er bei Freund und Feind bereits erfahren, bestärkt werden.

Es ist der vorgeschlagene Name der neuen Partei: „Deutsche Arbeiterpartei".

Der Name einer politischen Partei soll, so viel wir wissen, Zweck und Ziele der betreffenden Partei für Jedermann erkennbar wiedergeben, die Quintessenz, möchten wir sagen, des ganzen Programms enthalten.

Erfüllt nun der in dem Entwurfe vorgeschlagene Name jene Bedingung? Findet, müssen wir hier fragen, das gewichtige Betonen, ja geradezu Andiespitzestellen der Nationalität, wie es in der Benennung „Deutsche Arbeiterpartei" liegt, irgend eine Begründung in dem Programm und den Bestrebungen des Arbeiterthums?

Einer der schönsten Ehrentitel der gegenwärtigen proletarischen Bewegung ist es, daß sie zuerst es war, die mit dem bornirten Nationalismus offen gebrochen hat, mit jenem Völkerwahn, in dessen Namen jetzt, wie einst in dem des „Glaubens", die Feinde der Menschheit ihre blutigen Orgien feiern. Sie hat diesen Bruch zur That werden lassen in jener grandiosen Idee, die vor nun mehr als einem Jahrzehnt zu London in die erstaunte und erschreckte Welt getreten ist, und die vielleicht nur an dem einen Fehler leiden mag, daß sie um so und so viel Dezennien zu früh (?) zur Welt kam.

Brauchen wir an dieser Stelle zu erörtern, was dieser Gedanke der Völkervereinigung an Großem, Befreiendem, wahrhaft Culturförderndem alles in sich schließt? Brauchen wir hier zu zeigen, wie gerade das Proletariat auf jene Idee nothwendig stoßen mußte, weil auch das hohlwangige Gespenst der sozialen Frage sich blutwenig schiert um die bunten Pfähle, die sie rings um die Länder gesteckt haben, und weil der knurrende Magen des Proletariats nur eine Sprache spricht an den Ufern der Themse so gut wie an denen der Seine, der Spree oder der Donau? Brauchen wir endlich hier zu zeigen, wie schon aus rein praktischen und taktischen Gründen das arbeitende Volk festhalten soll und muß an der Idee der Völkergemeinschaft — jener eisernen Internationale gegenüber, die allezeit bereit ist, sich zur mörderischen Hetzjagd zu vereinigen, wo irgend nur ein Volk Miene macht, dem Gehege der Tyrannei zu entfliehen, — und jener papierenen Internationale gegenüber, die sich nicht im Mindesten bedenkt, die Millionen, die sie dem „Vaterlande" im Augenblicke, der Noth vorenthalten, dem „Erbfeind" zuzustecken, sobald dieser nur gute Prozente zahlt, und die eben so unbedenklich den polnischen, den wälschen und bald auch, so Gott will, den chinesischen Arbeiter in Lohn nimmt, indeß der deutsche „Bruder" ruhig verhungern kann, einfach weil jene billigere „Hände" sind, als diese? Das Alles ist an dieser Stelle eben so oft wie in beredten Worten ausgeführt worden.

Wir glauben nicht, Lügen gestraft zu werden, wenn wir behaupten, daß die sozialistische Bewegung heute untrennbar verbunden ist mit der Idee des Kosmopolitismus. Nationalität ist für sie eins der Wörter, das einfach ausgestrichen ist aus dem Wörterbuch der Zukunft.

Und der Name deutsche Arbeiterpartei? Er ergiebt sich dem gegenüber geradezu als eine contradictio in adjecto,*) als gleichbedeutend mit dem bekannten hölzernen Eisen.

Und zudem, welchen Eindruck muß es gerade jetzt, in einem Augenblicke, wo wir die Mächtigen der Erde sich von Neuem gegen den Frieden der Völker verschwören sehen, wohl machen, wenn das Proletariat gerade jenes Landes, das heute mit Recht als der wüste Raufbold im europäischen Völkerhause gehaßt wird, plötzlich seine „Deutschheit" betont und damit bei allen Fernerstehenden den Anschein hervorruft, als ob es sich den Grundsätzen des nationalen Staates" irgendwie näherte? Um wie viel seinen thatsächlichen Bestrebungen entsprechender und zugleich sie fördernder wäre es, wenn das arbeitende Volk dieses Landes das bedeutungsvolle und freudige Ereigniß seiner Vereinigung dazu benutzte, es vor aller Welt feierlich zu erklären, daß es nichts gemein hat mit den gewaltthätigen und friedensfeindlichen Bestrebungen seiner Machthaber und seiner herrschenden Klassen, daß es vielmehr unverbrüchlich festhalten will und wird an der Sache der Verbrüderung der Völker, und daß es zur Bekräftigung dessen ihnen Allen, und insbesondere dem hochherzigen Nachbarvolke jenseits des Rheins, seinen Friedens- und Freundschaftsgruß entsendet. —

Uns fällt hier ein schönes Wort Ludwig Börne's ein, des edlen Ritters vom Geiste, auf dessen Grabmal auf dem stillen Friedhofe Père-Lachaise zu Paris der Genius der Freiheit den beiden Frauengestalten Gallia und Germania die Hände zum Bunde in einander legt: So lange es Nationen giebt, meint er, ist keine Freiheit möglich.

Wie wahr! Heute noch mehr als damals, nachdem inzwischen Louis Napoleon und sein Affe ihr bluttriefendes „Nationalitätsprinzip" entwickelt haben.

Und was der Liberale vor nun bald einem halben Jahrhundert in so unzweideutigen, jede Halbheit ausschließenden Worten ausgesprochen, das sollten wir auch nur mit einem Worte im Unklaren lassen, wir, die wir uns mit Recht mit unserem ganzen Ideenkreise als so viel höher stehend ansehen, als der Liberalismus*)?

*) Widerspruch zwischen Wort und Bezeichnung.

Die Behandlung der politischen Gefangenen in Preußen

(Schluß.)

Abg. Windthorst-Meppen: Es hätte nicht dieser Entrüstung bedurft, um sich der Sache zu entziehen, man konnte ja auch ruhig sitzen bleiben oder den Kopf schütteln. Wenn die Herren wirklich damit einverstanden sind, daß es mit dem Gefängnißwesen nicht richtig ist, so könnten sie meine Interpellation unterstützen. Das ist absolut nicht geschehen, im Gegentheil hat der Abg. Götting sie bekämpft mit dem Satze: Politische Vergehen und andere sind gleich, und hat das Beispiel gebraucht, daß ein Dieb und Unterschläger ebenso gut in den Fall kommen könne, eine besondere Behandlung zu verdienen wie ein politischer Gefangener. Der Justizminister sagt, daß die Strafvollziehung sich nach der Person zu richten habe. Wenn ich hervorhebe, daß die politischen Gefangenen besonders schlecht behandelt werden, so frage ich, ob die Person nicht genügend bezeichnet ist. Politische Gefangene behalten die Ehrenrechte, und darum ist es unzweifelhaft ein Postulat**) der Gerechtigkeit und Humanität, daß sie anders als andere Gefangene behandelt werden. Glaubt man, daß andere Kategorien von Gefangenen es ebenfalls verdienen, so reiche man eine darauf bezügliche Interpellation ein, ich werde sie bereitwilligst unterstützen. Daß man nichts dergleichen thut, ist nur ein Versuch, von einer unbequem gefundenen Sache sich zurückzuziehen, und dieser Rückzug soll mit der Behauptung beschönigt werden, daß die Interpellation sich lediglich auf Vergehen gegen die Maigesetze beziehe. Sie ist aber ganz generell gehalten. Wenn der Abgeordnete v. Schorlemer eine besondere Kategorie hervorgehoben hat, so hat er recht gethan, denn nur, weil Sie glauben, daß die Interpellation im Interesse des Centrums sei, ist es zu erklären, daß die Herren sich so lächerlich abwehrend verhalten (Bewegung), wie es geschehen ist. Die hier verlesene Stellen aus einem Paul Lindau'schen Feuilleton beweisen Nichts, es geht ihm wie einem Reisenden, der nur die angenehmen Eindrücke behalten und die andern vergessen hat. Seine Behauptung, Majunke sei im Kloster gewesen, ist übrigens falsch. Die Freiheitsentziehung ist Strafe genug, man braucht den politischen Gefangenen nicht auch noch damit zu strafen, daß man ihn mit gemeinen Verbrechern zusammenthut, ihm unverdauliche Kost giebt und ihn frieren läßt, während die Beamten sich wärmen. Der Reichstag hat ausdrücklich beschlossen, daß der Reichskanzler die preußische Regierung ersuchen soll, die Zustände im Gefängniß am Plötzensee ꝛc. zu beseitigen, der Justizminister aber erklärt: ich habe nichts gethan. Wenn der Minister des Innern erklärt, daß er seine Ausarbeitung infolge der Verhandlungen mit dem Justizminister beigesteckt habe, so wird er vielleicht infolge von Verhandlungen mit dem Reichskanzler oder nochmaliger Verhandlungen mit dem Justizminister seine neue Ausarbeitung nochmals beistecken. Ich erkläre daher, daß ich die Interpellation in 14 Tagen erneuern werde.

Der Justizminister: Was soll man dazu sagen (Heiterkeit), ich hätte erklärt: ich habe Nichts gethan? Wer im Hause außer dem Abgeordneten Windthorst hat diese Bemerkung gehört? Ich habe gerade gesagt, ich hätte schon sehr viel gethan, schon vor Monaten sei der Vollzug der Strafe in Angriff genommen und die Bearbeitung weit vorgeschritten, so daß die Arbeit des preußischen Ministeriums eine Vorarbeit für die Reichsgesetzgebung wäre. Die Regierung ist im Grundgedanken mit dem Hause einverstanden, sie will eine Reform des Strafvollzuges und greift ihn an, der Abgeordnete Windthorst aber verdunkelt, verdreht, möchte ich sagen — (Rufe im Centrum: Zur Ordnung!) . . . .

Präsident: Dieser Ausdruck . . . .

Der Justizminister: Dann kann ich den Ausdruck zurücknehmen.

Präsident: Ich kann nicht wünschen, daß hier ein solcher Ausdruck gebraucht wird, er ist zu meinem Bedauern von Abgeordneten auch schon gebraucht worden, ich darf als Präsident das mittheilen.

Der Justizminister: Ja, ich habe das auch schon öfters gehört; ich habe den Ausdruck meinerseits durchaus bildlich (!) gebraucht. Hier wird der Begriff des politischen Vergehens eingemischt, ein Begriff, der in der Strafgesetzgebung und bei dem Strafvollzuge ohne allen und jeden Halt ist. Wenn man von diesem unglücklichen Begriffe absieht, so steht alles richtig. Der Abgeordnete v. Schorlemer hat bemerkt, ich hätte gebilligt, was der Abgeordnete Götting gesagt hat, und könnte mir das anziehen, was er dagegen bemerkte. Er hat sich bitter darüber beklagt, daß der Abgeordnete Götting Jemand, der unterschlagen, und Jemand, der die Maigesetze übertreten hat, parallelisirt hat; ich glaube, der Abgeordnete Götting ist hier völlig mißverstanden worden. Was er wollte, ist ganz richtig und wird von mir anerkannt: die Individualität des Thäters kann bei einem Kassenbeamten ganz dieselbe Rücksicht in Anspruch nehmen als bei einem Geistlichen, der die Maigesetze übertreten hat. Die Individualität der That ist eine ganz verschiedene, bei dem Strafvollzuge kommt es nicht darauf an, sondern nur auf die Individualität des Thäters.

Abg. Götting (persönlich): Der Abgeordnete v. Schorlemer hat gesagt, es sei irgendwo einem bestraften Bankrotteur gestattet worden, sich selbst zu beköstigen, und das sei nach meinem Sinn. Diesen Schluß wird kein logisch Denkender aus meinen Worten ziehen. Der Abg. Windthorst hat mich als einen Gegner seiner Interpellation dargestellt. Er hat zugeben müssen, daß der Begriff des politischen Vergehens ein nicht überall zutreffender sei. Ich habe die Interpellation ihrem Geiste nach auf alle einer andern Behandlung würdigen Personen erweitern wollen. Der Abg. Windthorst hat gesagt, er habe nichts dagegen. Der Unterschied zwischen uns beiden ist also nur der, daß der jenseitige Antrag ein tendenziöser ist.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Ich constatire gegenüber den Aeußerungen des Justizministers sein nochmals erklärtes Einverständniß mit dem Abgeordneten Götting. Dem Abgeordneten Hänel muß ich erklären, ich habe die Uneinigkeit der liberalen Parteien constatirt, nicht eine Uneinigkeit künstlich erzeugen wollen. Ich habe die Gerichte nicht verdächtigt, sondern in milderer Weise, als im Jahre 1866 die Abgeordneten Twesten, Gneist und Simson, einen zutreffenden Ausspruch über die Gerichte gethan.

Abg. Windthorst-Meppen verwahrt sich dagegen, einer Meinung mit dem Abg. Götting zu sein, und provocirt das Haus, ihm auch nur ein tendenziöses Wort nachzusagen.

Damit schließt die Discussion und ist die Interpellation erledigt. —

So weit der parlamentarische Bericht. Mit den Aeußerungen der beiden Herren Minister werden wir uns gelegentlich des Näheren beschäftigen. Zur Kennzeichnung des Grafen Eulenburg sei nur erwähnt, daß dessen Königszeuge,*) der literarische Charlatan Lindau, nach uns gewordenen zuverlässigen Mittheilungen während der vierzehn Tage Haft, die ihm ein tölpelhafter Culturkampfartikel des Bismarck'schen Tanzbärs Johannes Scherr eingebracht, wie ein Kind in seiner Zelle geheult hat.

Akt nehmen wir von der Erklärung des Nationalliberalen Götting, daß ein Kassenbeamter, „dessen übrige (!) Redlichkeit nicht in Zweifel gezogen worden ist, der, als er in die Kasse griff, nicht eine Ahnung davon hatte, daß er das Entnommene (!) binnen 24 Stunden nicht wieder hinein legen kann", — daß ein „solch gebildeter und sonst (!) rechtlicher (!) Mann die gleiche Berücksichtigung verdiene", wie ein politischer Verbrecher. Nicht als ob wir Herrn Götting tadeln wollten. Bei Leibe nicht! Der einzige Vorwurf, den wir ihm machen könnten, ist, daß er nicht weit genug gegangen, daß er nicht den Muth gehabt zu erklären: von meinem Bourgeois-Standpunkt ist besagter Kassendieb, „dessen übrige Ehrlichkeit nicht in Zweifel gezogen" werden kann, tausendmal ehrenwerther als ein politischer Verbrecher, z. B. als Most, und verdient folglich eine entsprechend bessere Behandlung.

Und die liberale Majorität war und ist der Meinung des Herrn Götting.

Wie gut ist es doch in dieser Bourgeoiswelt, ein Spitzbube zu sein.

*) Seit das geschrieben ist, lesen wir im „Volksstaat", daß die Herren Reichstreuen im Lande der Schwabenstreiche einen „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein" nach ihrem Geschmack gegründet haben. Der Name „deutsche" Arbeiterpartei wird ihnen zu solchen Zwecken gewiß nicht minder acceptabel erscheinen. Ob das wohl auch mit dem Namen Sozialdemokratische Arbeiterpartei, oder, falls dieser ausgeschlossen ist, mit dem Namen S. D. Arbeiter-Union, oder S. D. Arbeiter-Verein ꝛc. ꝛc. der Fall wäre? N. d. Red.

(Von anderer Seite ist aus den oben ausgeführten Gründen, wie unsern Lesern bekannt, schon der Antrag gestellt worden, statt „deutsche Arbeiterpartei" zu sagen: Arbeiterpartei Deutschlands. N. d. B.)

**) Forderung.

Johann Jacoby

feierte am 1. Mai — beiläufig im besten Wohlsein — seinen siebzigsten Geburtstag. Die zahlreichen Glückwünsche und sonstigen Kundgebungen der Liebe und Hochachtung, die ihm von Nah und Fern zu Theil wurden, legen erfreuliches Zeugniß ab für die Verbreitung der Ideen, denen er sein Leben gewidmet hat. Folgende zwei Ansprachen, zu denen die Jubelfeier Veranlassung bot, geben das Bild des Mannes:

Auf den durch Herrn Dr. Graff dargebrachten Glückwunsch des Königsberger Handwerkervereins, welchem Jacoby seit der Gründung als Vorstandsmitglied angehört, antwortete er:

„Ich danke Ihnen, lieber College und Ihnen Allen, meine Freunde, aus vollem Herzen für die Ehre Ihres Besuches, wie für die freundlichen Glückwünsche, die Sie mir darbringen.

Die alten Römer — wie berichtet wird — sahen das siebenzigste Lebensjahr als den Beginn einer zweiten Jugend an, — und insofern ich nach meiner eigenen Erfahrung urtheilen darf,

*) So nennt man in England die Verbrecher, welche Zeugniß gegen ihre Mitschuldigen ablegen.

bin ich sehr geneigt, ihnen Recht zu geben: — nicht blos, weil ich trotz meiner siebzig Jahre mich an Leib und Seele noch jugendlich-frisch und kräftig fühle, sondern auch aus einem anderen Grunde. Vergleiche ich mich nämlich mit der jetzigen Jugend, von der — wenigstens zum großen Theil — man mit Recht sagen kann:

„Verflogen ist der Spiritus,
Das Pflegma ist geblieben", —

so muß ich bekennen, gegenüber der greisenhaften Engherzigkeit und allberechnenden Altklugheit dieses Nachwuchses komme ich mir oft merkwürdig jung vor, — jung, eben weil ich der Alte geblieben, weil meine Ansichten und Ueberzeugungen, meine Wünsche und Hoffnungen noch heute die nämlichen sind, wie ich als Jüngling sie im Herzen gehegt und gepflegt habe. Mit Schiller möchte ich ausrufen — und wahrlich mit bei weitem größerem Rechte als er:

„War es immer wie jetzt? ich kann das Geschlecht nicht begreifen,
Nur das Alter ist jung, ach! und die Jugend ist alt".

Und auch von Ihnen, meine Freunde, die Sie zwar noch nicht das siebzigste Jahr erreicht, doch die Jugend längst hinter sich haben, gilt das Gleiche, was ich von mir aussage. — Beweis dafür ist schon die Freundschaft, die Sie so viele lange Jahre hindurch mir bewahrt haben, — auch Sie sind die Alten geblieben, auch Sie haben — trotz der Zeiten Wechsel — treu festgehalten an der Fahne, der Sie in jüngeren Jahren sich verpflichtet, an der Fahne des Rechts und der Freiheit.

Und wie heute, so, meine Freunde, lassen Sie uns auch ferner die Alten bleiben, treu uns selbst, treu Einer dem Andern bis zur letzten Scheidestunde! Lassen Sie uns nach wie vor fest im Herzen behalten das Wort des größten Seelenkenners, des Dichters Shakespeare:

„Dies über Alles: sei Dir selber treu!"

Zum Schluß, meine Freunde, gestatten Sie mir, auch meinerseits einen Wunsch auszusprechen, einen Wunsch für Sie so gut wie für mich: Möge ich Ihnen einst Gleiches mit Gleichem erwidern können, möge es mir vom Schicksal vergönnt sein, Ihnen allen zu Ihrem siebenzigsten Geburtstag Glück zu wünschen, wie Sie heute es mir gethan.

Nochmals aus voller Seele Dank für alle Ihre Liebe und Freundschaft!"

Die zweite Ansprache folgte als Erwiderung auf einen von Dr. Guido Weiß bei dem Festessen am Abend des 1. Mai ausgebrachten Toast, den die Versammelten mit einem Hoch auf den Gefeierten begleitet hatten. Jacoby sprach:

„Meine Freunde!

Ich danke Ihnen für Ihren freundlichen Zuruf; und als Erwiderung sei mir gestattet, nun auch meinerseits Ihnen einen Toast vorzuschlagen.

Bei dem gegenwärtigen Streite zwischen Staats- und Kirchenregiment, einem Streite, dem man den wunderlichen Namen „Culturkampf" gegeben, hört man jetzt oft die Behauptung aufstellen, daß die Ultramontanen und die Sozialdemokraten Hand in Hand mit einander gehen.

Wahr ist nur, daß Beide gleich entschiedene Gegner der (Bismarck'schen) Blut- und Eisenpolitik und des darauf gegründeten neudeutschen Kaiserreichs sind.

Sonst aber giebt es in der Welt kaum einen schrofferen Gegensatz als den zwischen Katholicismus und Sozialismus, — wie Wasser und Feuer verhalten sie sich zu einander.

In der französischen Deputirten-Kammer rief einst Thiers den Abgeordneten zu: „Ihr habt nur die Wahl zwischen Katholicismus und Sozialismus!" Thiers kannte seine Leute sehr gut, er bediente sich vielleicht des Sozialismus nur als Schreckmittel, um die ängstlichen Gemüther seiner Zuhöcer in's Bockshorn zu jagen.

Wenn man jedoch die beiden, — einer fremden Sprache entlehnten Ausdrücke in gutes, allgemein verständliches Deutsch übersetzt, so findet man, daß allerdings jenes geflügelte Wort einen tiefen Sinn in sich schließt.

Katholicismus besteht nicht blos da, wo an die Unfehlbarkeit des Papstes geglaubt wird, sondern überall, wo irgend ein Mensch es sich anmaßt, über Andere zu herrschen.

Katholicismus ist nichts anderes, als Herrschaft des Menschen über den Menschen, wie Sozialismus nichts Anderes ist als gleiche Freiheit für Alle.

Die ganze bisherige Geschichte der Menschheit ist ein fortdauernder ununterbrochener Kampf dieser beiden Principien, und mit vollem Recht darf man nicht blos den französischen, sondern den Vertretern jedes Volkes zurufen:

„Ihr habt nur die Wahl zwischen dem Einen und dem Andern: entweder Herrschaft des Menschen über den Menschen oder gleiche Freiheit für Alle. Ein Drittes giebt es nicht!"

Sie, meine Freunde, haben längst Ihre Wahl getroffen und werden Sie gewiß gern mit mir ein Glas leeren auf das Wohl der wahren Culturkämpfer, der Kämpfer für die Freiheit alles dessen, was Menschengesicht trägt. Die wahren Culturkämpfer leben hoch!"

Politische Uebersicht.

— **Ein Wort für die Schweiz.** In Nr. 40 des „Volksstaat" findet sich anläßlich des Notenwechsels zwischen dem schweizer Bundesrath und der russischen Regierung (in Sachen der russischen Studentinnen) die Bemerkung: „Aber daß sich eine „freie Republik", wie die schweizerische es zu sein wenigsten vorgiebt, sich demüthig den gemeinsten Beleidigungen einer despotischen Regierung fügt, das beweist uns, wie traurig es mit den „freien" Burgeoisrepubliken in Europa bestellt ist". Gegen diese Bemerkung wendet sich einer unserer Parteigenossen in der Schweiz. „In Nr. 40, so schreibt er uns, geißelt der „Volksstaat" mit Recht die Perfidie der russischen Regierung, mit der dieselbe die s. Z. in Zurich studirenden Russinnen hinsichtlich sittlicher Aufführung zu verläumden suchte. Ganz richtig ferner bezeichnen Sie es als eine grenzenlose Frechheit, wenn die russische Regierung auf die, wie es scheint, mit schweizerischer Derbheit von Seite des schweizerischen Bundespräsidenten erfolgte Widerlegung dieser Verdächtigung mit Insulten gegen „fremde Mächte" und „freie Republiken" zu antworten wagt. Unbegreiflich dagegen bleibt mir zunächst noch, wie Sie dazu kommen, in diesem Vorgange die Nothwendigkeit eines Seitenhiebes auf die Schweiz zu finden. Wollen Sie der Schweiz einen Vorwurf machen, daß ihre so winzige Mächtigkeit als „fremde Macht" sich mit der Großmächtigkeit Rußlands in keinen weiteren Konflikt einlassen kann? Was sonst noch über „freie Republiken" und Bourgeoisrepubliken" mit Bezug auf die Schweiz beklagt wird, dürfte mit mehr Nutzen für die Sache der sozialistischen Aufklärung zum Gegenstand einer etwas weniger oberflächlichen Kritik zu machen sein, um dann überhaupt nicht mehr beklagt oder bedauert, sondern im Lichte des Entwickelungsstandpunktes einfach begriffen zu werden. Letzteres wäre ein Thema, welches mir gegenüber ähnlichen Schlagwörter-Aeußerungen schon lange am Herzen liegt, das ich aber heute mit dieser Andeutung verlassen muß. Ich wollte mit Obigem heute nur auf das Unzutreffende eines Tadels aufmerksam machen, bei welchem, wie es mir scheint, die Quintessenz der sozialistischen Weltauffassung, die Berücksichtigung der realen Verhältnisse vergessen wurde".

So weit unser schweizer Freund. Ganz recht hat er nicht. Die Bemerkung, welche ihm diesen Tadel entlockt hat, beruht auf der Voraussetzung, daß die schweizer Bundesbehörden für die unverschämte Antwort der russischen Regierung nicht die nöthige „Derbheit" gehabt haben. Und das ist eine Voraussetzung, die nicht bloß durch den Wortlaut der betreffenden, in Nr. 40 des „Volksstaat" von uns besprochenen, Zeitungsnotiz, sondern auch durch die Erinnerung an das Verhalten der schweizer Bundesbehörden in ähnlichen Fällen gerechtfertigt wird. Wir verlangen sicherlich nicht von der Schweiz, daß sie die Rolle eines europäischen Schiedsrichters oder gar Raufbolds spiele, wir können aber auch keineswegs ihre materielle Machtlosigkeit als Entschuldigung für serviles Verhalten den Großmächten gegenüber gelten lassen. Durch mannhaftes Auftreten wird der Bestand der Schweiz nicht gefährdet, während auf der anderen Seite Akte der internationalen Feigheit, wie z. B. die Auslieferung Netschajeff's — was man auch immer von dem Mann denken möge — war, nur geeignet sind, das moralische Ansehen der Schweiz zu erschüttern und die despotischen Großmächte zu immer unverschämteren Zumuthungen aufzumuntern.

— **Ueber die traurigen Lohn- und Arbeiterverhältnisse in den österreichischen Industriebezirken** entnehmen wir der „Concordia" nachstehende Tabelle:

	Kategorie	15. März 1873		15. März 1875		Minus in pCt.	Durchschnitt	Beschäftigungslose	Halb beschäftigt
		fl.	kr.	fl	kr.				
Eisen und Stahl.									
Schlesische Hütten	I	3	—	2	20	26,27	40,98	280	1400
	II	2	—	1	—	50,00			
	III	1	50	—	80	46,67			
Kärnten, Steiermark	I	3	50	2	50	28,57	31,00	950	1900
	II	2	50	2	—	20,00			
	III	1	80	1	—	44,44			
Böhmen, Mähren	I	3	50	3	—	14,29	22,54	800	350
	II	2	50	2	—	20,00			
	III	1	50	1	—	33,33			
Kohle.									
Mähren, Schlesien	I	4	—	3	—	25,00	25,00	300	1300
	II	2	—	1	50	25,00			
Böhmen	I	4	50	3	50	22,22	27,78	400	2200
	II	3	—	2	—	33,33			
Steiermark	I	4	—	2	50	37,50	33,75	700	1000
	II	2	50	1	75	30,00			
Web- u. Wirkwaaren.									
Brünn	I	3	—	3	—	—	16,67	600	200
	II	1	50	1	—	33,33			
Reichenberg	I	3	50	2	70	22,86	33,65	400	—
	II	1	80	1	—	44,14			
Bielitz	I	3	—	2	—	33,33	33,33	150	—
	II	1	50	1	—	33,33			
Jägerndorf	I	2	50	1	70	32,00	32,67	200	350
	II	1	50	1	—	33,33			
Mech. Spinnereien.									
Trautenau		3	—	2	—	33,33	35,98	200	400
Asch		2	80	2	—	28,57			250
Cosmanos		2	50	1	70	32,00			
Freudenthal		2	—	1	—	50,00		150	350
Glasfabriken.									
Haida, Steinschönau		3	—	2	50	16,67	16,67		
Papierfabriken.		3	—	2	—	33,33	33,33	1000	—
Leder.									
Brünn	I	4	—	3	—	25,50	12,50	100	670
	II	1	50	1	50				
Prag	I	3	—	2	50	16,67	25,00		700
	II	1	80	1	20	33,33			
Wien	I	4	—	4	—	—	10,00		1800
	II	2	50	2	—	20,00			
Maschinenfabriken.									
	I	3	50	2	—	14,29	22,54	2000	6600
	II	2	50	2	—	20,00			
	III	1	50	1	—	33,33			
Eisenbahnbau (Erdarbeiten).									
Niederösterreich		2	—	1	—	50,00	53,33	?	?
Böhmen		2	—	—	80	60,00			
Galizien		1	20	—	60	50,00			

Im Baugewerke beträgt die durchschnittliche Reduktion 24,19 pCt. Der gemeine Taglohn ist dagegen nur um ca. 10 pCt., und der Lohn der ländlichen Arbeiter nur um ca. 14 pCt. heruntergegangen. Die Lohnreduktion nimmt von Osten nach Westen zu, was seinen Grund theils in den absolut niedrigen Löhnen von Ungarn und Galizien, theils in den zwei ergiebigen Ernten der nordöstlichen Länder haben dürfte.

— In verschiedenen Bourgeoisblättern lesen wir:

„Aus Thüringen, 29. April. Einer der fanatisirtesten Sozialdemokraten, Schuhmacher Giffey in Eisenach, der unlängst wegen verleumderischer Beleidigungen von Beamten und Behörden zu mehreren Monaten Gefängniß verurtheilt worden, hat es für zweckmäßiger gehalten, vom Gefängniß aus die Gnade des Großherzogs von Weimar (der eben auf der Wartburg weilt) um Milderung seiner Strafe anzuflehen. In dem Gnadengesuche spricht er Reue über sein bisheriges Treiben aus, bekennt verführt, nun aber zur Einsicht gekommen zu sein, will sich bessern ꝛc."

Unsere Gegner lügen so unverschämt und so systematisch, daß wir die obige Mittheilung, so lange wir nicht Beweise der Richtigkeit haben, für eine Lüge und Verläumdung halten. Seit der skandalösen Verurtheilung Giffey's haben wir von ihm und über ihn keine Nachricht erhalten. Sollte jedoch die Mittheilung sich als richtig erweisen, je nun, so ist der Mann zum Sozialdemokraten zu schlecht, aber zum Nationalliberalen noch immer gut genug, vielleicht zu gut.

— Am 7. Mai stand Parteigenosse Heiland vor dem Sorauer Kreisgericht wegen einer am 19. Juli v. J. in Sommerfeld gehaltenen Rede. Die Anklage lautete auf Beleidigung des Richterstandes, Offizierstandes und der deutschen Armee. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängniß, der Gerichtshof erkannte dagegen auf kostenlose Freisprechung, weil der ganze Vortrag nur eine erlaubte Kritik innerhalb der gesetzlichen Grenzen sei.

Aus Serbien schreibt man uns:

Wie Ihnen bekannt, ist nach der Auflösung der Skupschtina (Nationalversammlung) festgesetzt worden, daß die Neuwahlen nach 4 Monaten statthaben sollen. Unser sogenanntes „Versöhnungsministerium" — das sich quasi die Beruhigung der Parteileidenschaften als Ziel gestellt hat — trifft die nöthigen Vorbereitungen sehr lebhaft. Unterdrückung, Terrorismus, Tyrannei aller Art sind auf dem Culminationspunkt. Tagtäglich werden Verhaftungen, Mißhandlungen, Zeitungssuspendirungen ꝛc. in brutalester Weise ausgeführt — das bringt ja die „Versöhnungspolitik" mit sich. Das sozial-politische Blatt „Oslobodjenje" (Befreiung), das politische Organ der Sozialdemokraten Serbiens, wurde vor Kurzem auf 3 Monate suspendirt; die gleich darauf neubegründete „Nowo Oslobodjenje" (neue Befreiung) wurde ebenfalls erstickt.

Die zehnte Nummer des sozialwissenschaftlichen Blattes „Rad" („Die Arbeit") wurde „wegen öffentlicher Aufreizungen", die angeblich im Nekrologe Svetozar Markovic enthalten seien (!), ganz konfiszirt, ebenso die elfte Nummer und sogleich wurde die Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur Pera Todocowitch erhoben. Nummer 12 des „Rad" wurde ganz ungesetzlich konfiszirt. Die betreffende Nummer sollte in 2½ Bogen gedruckt werden; bevor aber der zweite Bogen fertig war, wurde sie durch einen Polizeibeamten mit Beschlag belegt, welcher mit Gensdarmenbegleitung in die Buchdruckerei eindrang, den schon fertigen Bogen in allen Abzügen konfiszirte und aufs Polizeibureau brachte. Dieses ungesetzlichen Verfahrens wegen ist seitens der Redaktion „Rad" Anklage gegen den betreffenden Polizeibeamten erhoben. Durch diese schändlichen Verfolgungen ist auch dieses Organ der serbischen Sozialdemokratie momentan zu Grunde gerichtet worden. Dem verantwortlichen Redakteur des „Rad", Pera Todorowitch liegt bereits eine Bürde von fünf Preßprozessen auf dem Halse. Der erste Prozeß sollte den 29. April zur Verhandlung kommen. Aber nicht nur die sozialistische Presse wird so mißhandelt, sondern jede nur irgend freisinnige Meinungsäußerung wird erstickt. Das politische Organ der liberalen Partei, „Budnenost" (Zukunft) ist ebenfalls unterdrückt. Ein der heutigen herrschenden Partei oppositionelles Blatt, „Istok" (der „Orient"), Organ des bekannten ehemaligen Ministerpräsidenten Ristitch, ist ebenfalls unterdrückt worden. Und es giebt heute nur noch die „Reptilienpresse", und sie jubelt und jodelt ihr „Triumphlied", sie allein giebt heute den Ausdruck der „öffentlichen Meinung" — und das heißt in Serbien „Preßfreiheit" und „Herrschaft der öffentlichen Meinung"!! Wie Sie sehen: in Serbien geht's ganz gemüthlich zu — das ist gewiß „die beste der Welten"!

Mag aber die Regierung noch so große Niederträchtigkeiten und noch so große Tyrannei ausüben, mag sie, Dank solch elenden Mitteln, in den bevorstehenden Wahlen siegen (was wir indeß noch sehen wollen), wir werden doch schließlich die Sieger sein. Ende gut, alles gut! Jeder gewaltsame Druck wird immer noch gewaltigeren Widerstand hervorrufen!"

Gewerksgenossenschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Berlin, 25. April. Collegen, Gewerkschafts-Genossen! Gemäß dem von der letzten Generalversammlung gefaßten Beschlusse, betreffend die Veröffentlichung eines kurzen statistischen Berichtes über die Höhe der Arbeitslöhne in den verschiedenen Städten gegenüber den nothwendigsten Lebensbedürfnissen, der Miethspreise u. s. w., so wie über den Gang des Geschäfts im Großen und Ganzen, bringt die Contralcommission, als die hierzu beauftragte Behörde, kurz folgendes Resumé der eingegangenen Berichte. Daß dies jedoch so spät geschieht, liegt nicht an der Control-Commission, sondern tragen hieran die Mitgliedschaften die Schuld, welche ihre Berichte so spät eingesandt haben.

Collegen! Thut man nur einen Blick in die eingesandten Berichte, so muß man sich in der That wundern, wie es möglich ist, daß die Schneider bei einem solchen Hungerlohn existiren können. Der Verdienst beträgt pr. Stunde für gute und mittlere Arbeit 18—30 Pf. Mit dem höchsten Satz jedoch nur für Berlin und Leipzig. Am schlechtesten ist die Bezahlung in Würzburg, Gießen, Schw. Gmünd, Erfurt, Bayreuth und Regensburg. Ueberall, sogar in der sogenannten guten Zeit, stellen sich starke Deficits heraus, die durch Ueberarbeit und durch Entbehrungen, die dem Körper auferlegt werden, gedeckt werden müssen. Es kann einem, wenn man die Lohntabellen ansieht, wahrlich nicht Wunder nehmen, wenn mancher Schneider zum Schwindler wird und Schulden macht, die er später nicht zu bezahlen im Stande ist.

Collegen! Dies ist der Zustand, in dem sich die besseren Arbeiter, die Arbeiter, welche auf Kundenarbeit beschäftigt sind, befinden. Wahrhaft erschreckend aber ist das Bild, was man sich von der Existenz eines Confections-Schneiders machen muß, wenn man sich die Lohntabellen betrachtet. Hier beträgt der Verdienst pr. Stunde 13 bis 18 Pf. Obenan steht Würzburg mit 13 Pfennigen, dann Nürnberg mit 14 Pf. und dann Berlin mit 18 Pf. Rechnen wir den Tag zu 10 Stunden, so ergiebt sich für Würzburg ein täglicher Verdienst von 1 Mark 30 Pfennige, für Nürnberg 1 M. 40 Pf. und für Berlin 1 M. 80 Pf. Muß man sich hier nicht die Frage vorlegen: wie ist es möglich, daß ein Mensch bei solchem Hungerlohne existiren kann? In der That ist es aber bei den meisten Schneidern auch kein Existiren mehr, sondern nur ein Vegetiren. Wie lange diese Leute arbeiten, und was für Entbehrungen sie ihrem Körper auferlegen müssen, mag Jeder sich selbst berechnen, wenn man erwägt, daß ein Mensch, um menschenwürdig zu leben, in Nürnberg 300 Thlr., in Würzburg 328 Thlr. und in Berlin 395 Thlr., Miethe eingerechnet, gebraucht. Hierzu kommen nun: Seife ꝛc., die fast jeder Arbeiter sich selbst beschaffen muß, sowie Steuern, Krankengeld ꝛc. Auch gilt dies nur für Unverheirathete, bei Verheiratheten müssen Frau und Kinder mit helfen, und stellt sich trotzdem das Verhältniß bedeutend ungünstiger. Ist es da ein Wunder, wenn man unter den Schneidern so viele bleiche Jammergestalten einherwandeln sieht, die, Jünglinge an Jahren aber Greisen ähnlich, gebrochen an Geist und Körper, rettungslos einem frühen Tode, verbunden mit langem Siechthum, entgegeneilen?

Nirgend steht die Ausbeutung in der Confections Branche in solcher Blüthe wie in Berlin und Nürnberg. Beweis hierfür ist, daß ganze Frachten Arbeit von außerhalb, z. B. von Mainz, Köln ꝛc. nach Berlin gebracht, und dort von den sogenannten Confections-Meistern in Accord genommen werden. So wurden im vorigen sowohl wie in diesem Jahre viele tausend Röcke für den Preis von 2 M. 20 Pf. bis 2 M. 70 Pf. in Berlin gefertigt, wobei natürlich die Herren Unternehmer, die Geschäfts-

losigkeit der Collegen benützend, ihr Heu, wie man zu sagen pflegt, ins Trockene gebracht haben.

Vor der Berliner und Nürnberger Confections-Arbeit kann daher nicht genug gewarnt werden. Möchten die hier zureisenden Collegen, ehe sie sich der raffinirtesten, der gemeinsten Ausbeutung selbst zum Opfer bringen, von den Orten wie Berlin, Nürnberg, Würzburg wieder abreisen. Bei den auf kleine Arbeit beschäftigten Arbeitern liegt das Verhältniß noch ungünstiger, bei den Rockarbeitern ebenso wie bei den Militär-Schneidern. Würden Letztere sich überall unserer Organisation anschließen, so wäre es ein Leichtes, da Militär-Arbeit nur an wenigen Orten überhaupt gemacht wird, dieselbe auch nicht ein Jeder machen kann, deren Lage zu verbessern. Leider halten sie sich aber gerade am meisten der Organisation fern.

Collegen! Wie in allen anderen Geschäftszweigen, haben sich auch die Segnungen der Gründer-Periode bei uns fühlbar gemacht. In Folge der unsinnigsten und maßlosesten Ueberproduction herrschte auch in unserer Branche eine Geschäftsstockung, und in Folge dessen eine Arbeitslosigkeit, wie sie nur die 50er Jahre aufzuweisen haben. Die Folge davon ist, daß die Herren Arbeitgeber fast überall entweder die Löhne schon reducirt haben, oder solches zu thun gedenken. Man versucht von jener Seite, den Arbeiter wieder in das alte Joch hinein zu zwängen; man will Arbeitsscheine u. dgl. einführen, und so den Arbeiter zum Sklaven, zum willenlosen Werkzeug jener Herren zu machen. Bedenkt man, daß dies nicht von einzelnen Arbeitgebern geschieht, sondern daß dies eine Parole ist, ausgegeben vom Arbeitgeberbund, so tritt die Nothwendigkeit eines innigen, festen Zusammengehens und Zusammenwirkens sämmtlicher Collegen umsomehr an uns heran, je größer die Gefahr ist und je günstiger die Verhältnisse für unsere Gegner sind.

Darum, Collegen! die Ihr uns bis dahin noch fern standet, schlaget endlich ein, in die schon so oft dargebotene Bruderhand. Sollen wir vereinzelt bleiben, da unsere Gegner sich bereits überall fest organisirt haben? Wollt Ihr nicht von ihnen lernen? Habt Ihr im vergangenen Winter nicht Lehrgeld genug gezahlt? Habt Ihr nicht genug unter dem Hochmuth der Herren zu dulden gehabt? Aller Hader, alle Zwietracht verschwinde dem Gegner gegenüber. Richte Jeder den Blick einzig und allein auf das von uns gesteckte große Ziel: Erringung einer menschenwürdigen Existenz; und alle Angriffe, alle Machinationen unserer Gegner werden siegreich von uns zurück geschlagen werden.

Auf, Ihr Collegen! die Ihr Euch bereits lokal organisirt habt, schließt Euch der großen Organisation an. Eine lokale Vereinigung schützt vor dergleichen Maßregelungen nicht. Meint Ihr, die Herren Arbeitgeber wüßten nicht sehr wohl, wo eine Mitgliedschaft der Gewerkschaft existirt, und wo nicht? Wer weiß, ob die Bremer Arbeitgeber gewagt haben würden, so brutal zu verfahren, wenn der ganze Verein hinter der Mitgliedschaft gestanden hätte. Ahmt das Beispiel der Berliner Collegen nach. Der Berliner Schneider-Verein hatte die Ueberzeugung gewonnen, daß seine lokale Verbindung keine großen und dauernden Erfolge erzielen könne und hat sich deshalb in corpore unserer Organisation angeschlossen. In Folge dieser Vereinigung haben wir schon in ganz kurzer Zeit hier und in Potsdam bedeutende Erfolge aufzuweisen.

Euch aber, Ihr alten, lieben Genossen, die Ihr seit lange mit uns vereint gekämpft, Euch rufen wir zu: Stehet fest, und haltet treue Wacht! Unserer Gegner sind viele, und uns gegenüber gebieten sie über ungeheure Mittel. Zeigen wir aber keine Furcht. Jene hält der Eigennutz, die Habsucht, der Egoismus zusammen, uns aber eint die Bruderliebe, das Streben nach dem großen hohen Ziele: Erringung einer menschenwürdigen Existenz.

Collegen! Pflicht eines jeden Einzelnen sowohl, wie der Mitgliedschaften ist es daher, tüchtig für die Verbreitung unserer Gewerkschaft zu agitiren. Wo irgend nur Kräfte vorhanden sind, muß der gute Geschäftsgang vor Pfingsten noch ausgenutzt werden. Jeder Einzelne muß Agitator sein, muß es zu werden trachten. Wenn allenthalben so vorgegangen wird, wenn jeder Einzelne so seine Schuldigkeit thut, dann werden wir auf der nächsten Generalversammlung bedeutende Erfolge aufzuweisen haben, der Mitgliedschaften werden mehrere werden, ebenso der Mitglieder in denselben, und unsre Gewerkschaft wird eine Achtung gebietende Stellung einnehmen, den Gegnern zum Trotz, und uns zum Segen.

Mit Brudergruß und Handschlag.

Für die Controlcommission
J. A.:
August Wendt, Neue Roßstr. 1, 2. Tr.

NB. Durch ein Mißverständniß war meine Adresse falsch angegeben worden. Bitte alle Briefe und Sendungen, die Controlkommission betreffend, während der Krankheit unseres Freundes A. Reimann, an mich unter obiger Adresse zu senden.

D. O.

Berlin. Allgemeiner Bericht. Collegen! Lange haben wir nichts von uns hören lassen, aber lässig sind wir nicht gewesen. Sonntag, den 14. März waren wir in Potsdam, wo eine allgemeine Schneiderversammlung einberufen war. Unser Freund Höppner referirte und wurde die Mitgliedschaft mit 20 neuen Mitgliedern konstituirt. Dienstag, den 30. März hielten wir hier im Saale des Handwerkervereins eine Generalversammlung sämmtlicher Schneider Berlins ab mit der Tagesordnung: „Unsere Geschäftslage und der Allgemeine deutsche Schneiderverein". Referenten waren die Herren Höppner und Wendt. Beide Redner ernteten am Schlusse allgemeinen Beifall. 10 neue Mitglieder wurden dem Verein zugeführt. Am 1. April traten die Mitglieder des Berliner Schneidervereins in unsern Verein über, und ist somit alle Zwietracht zwischen beiden Vereinen geschwunden, und wird es uns jetzt im Verhältniß leicht werden, die Berliner Mitgliedschaft stark und opferwillig zu machen. Dieser Vereinigung zufolge hatten wir zum Sonntag, den 18. April im Saale des Vereins junger Kaufleute, Rosenthalerstraße 38, ein allgemeines Fest (Concert und Ball) arrangirt, welches so stark besucht war, daß kein Tisch noch Stuhl zu bekommen war. Der skandinavische Gesangverein sowie Gesangverein „Bruderkette" waren auf Einladung erschienen, und wurden deren Gesangvorträge mit großem Enthusiasmus aufgenommen. Beiden Gesangvereinen für ihre so tüchtige Mitwirkung unsern besten Dank. Kurz vor Schluß des Concerts hielt unser Freund Höppner die Festrede. Er wies darauf hin, wie dieses Fest so stark besucht sei, zu gleicher Zeit aber auch, wie sich beide Vereine 2 Jahre lang gegenseitig befeindet hätten, nun endlich wäre es gelungen, beide zu verschmelzen. Als Ursache der Verschmelzung führte Redner an, wären wohl die Anstrengungen und Verfolgungen des Arbeitgeberbundes anzusehen. Redner ermahnte die anwesenden Collegen, sich dem Verein anzuschließen und nicht länger die Hände in den Schooß zu legen, denn es würde die Zeit kommen, wo wir, wenn wir nicht in den Abgrund des Elends gestürzt werden wollten, der Einigkeit so sehr bedürften, um unsere gerechten Forderungen durchzusetzen, deshalb sprechen wir mit Georg Herwegh: „Mann der Arbeit aufgewacht und erkenne Deine Kraft, alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will". Zum Schluß brachte Redner ein dreifaches Hoch auf den Allgemeinen deutschen Schneiderverein aus, in welches die versammelten Festgenossen begeistert einstimmten. Bis morgens 5 Uhr dauerte dies schöne Fest, welches durch nichts getrübt wurde. Ein schöner Ueberschuß, obgleich die Kosten hoch waren, ist erzielt worden. —

Collegen allerorts! Folgt dem Beispiele Eurer Berliner Collegen, lasset Zwietracht und Hader unter Euch schwinden; bedenkt, Einigkeit macht stark. Seht auf den Meisterbund, der täglich darauf sinnt, wie er uns, den Arbeitern neue Ketten anlegen kann; seht nach Bremen, wo man unsere Collegen schon mit Arbeitskarten beehrt hat ꝛc. Deshalb, Collegen Deutschlands, folgt dem Beispiel der Berliner, schließt Euch obigem Verein an, damit wir gemeinsam kämpfen und ringen können gegen unsere Unterdrücker, und der Kampf wird uns leicht werden.

Mit collegialischem Gruß Biesel und Gedatis.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Hamburg. Als Erwiderung auf die Correspondenz aus Mühlheim a. d. R. erklären wir den Mitglieder des Hamburger Schuhmachervereins: daß wir nicht für einen allgemeinen Gewerkschaftscongreß und nicht gegen den von W. Bock nach Coburg einberufenen Schuhmachercongreß eingenommen sind. Im Gegentheil sind wir der Ansicht, daß eine kräftige Gewerkschaftsbewegung nur grade dann sich entwickeln kann, wenn jede Corporation, auf einer stramm centralistischen Grundlage stehend, für sich vorgeht. Wir richten deshalb an sämmtliche Schuhmacher Deutschlands und besonders an die Collegen der größeren Städte des Nordens die Aufforderung, den von W. Bock auf den 16. und 17. Mai nach Coburg einberufenen Schuhmachercongreß durch Delegirte zu beschicken, damit endlich eine für die Schuhmacher so höchst wichtige Organisation zu Stande kommt. Also nochmals Collegen, sendet Delegirte zum Congreß. J. A.: A. Seidel.

Mannheim, 27. April. Gestern hatten wir eine allgemeine Schuhmacherversammlung mit der Tagesordnung „Die Vereinigung der Schuhmacher Deutschlands" einberufen, welche zahlreich besucht war. Siebert aus Darmstadt referirte in einstündiger Rede. Er zeigte uns an verschiedenen Beispielen, wie die deutschen Schuhmacher in einzelnen Städten sich früher schon thatsächlich mit der Verbesserung ihrer Lage befaßt hätten; er betonte, daß es heute unsere höchste Aufgabe sei, vereinigt durch ganz Deutschland unsere Interessen zu wahren, damit wir auf der Höhe der Zeit bleiben. Redner wünscht, daß es dem Schuhmacher-Congresse in Coburg gelingen möge, die Schuhmacher Deutschlands zu vereinigen, und fordert die Mannheimer Collegen auf, sich durch einen Delegirten an dem Congreß zu betheiligen. Die hiesigen Collegen haben beschlossen, in Verbindung mit Heidelberg, Neustadt und Speyer einen Delegirten abzuschicken. C. Maurer.

Allgemeiner deutscher Töpferverein.

Hamburg, 6. Mai. Bis jetzt sind folgende Anträge zur Generalversammlung eingegangen: 1) Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt und Mainz beantragen, den Vorort von Hamburg nach Frankfurt a. M. zu verlegen. 2) Chemnitz und Meißen beantragen die Gründung einer Krankenkasse. 3) Hamburg stellt den Antrag, den § 10 dahin abzuändern, daß nur der erste Vorsitzende auf der Generalversammlung gewählt wird, die Wahl der anderen Vorstandsmitglieder wird vom Vorort vollzogen. 4) Alle Unterstützungen bei Arbeitseinstellungen, sowie die Ausgaben für die Delegirten werden durch die Hauptkasse bestritten, und sind die monatlichen Beiträge darnach zu regeln. 5) Anschaffung eines eigenen Organs für den Allgemeinen deutschen Töpferverein. 6) Aufnahme eines jeden sachverwandten Arbeiters sowie Aenderung des Titelblattes des Statuts. 7) Meißen stellt den Antrag, die „Brüderschaft" aufzuheben.

Ich ersuche die Bevollmächtigten, diese Anträge in den Mitgliedschaften diskutiren und die Delegirtenwahlen vornehmen zu lassen. L. Gebert, Vorsitzender.

Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts. (Sitz Weimar).

Crimmitschau. Da die Mitglieder zu Braunschweig einen Aufruf erlassen haben, in welchem es mit der Wahrheit nicht so genau genommen worden ist, so sieht sich der Vorstand veranlaßt, die Mitglieder zu ersuchen, sich nicht eher mit den Braunschweigern einzulassen, bis die ganze Angelegenheit von dem Vorort klar gelegt worden ist, was in einer der nächsten Nummer geschehen wird.

Der Vorsitzende des Aufsichtsraths:
Ferd. Böttger,
Adr.: Consumvereinsrestauration in Crimmitschau.

Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Altona, 8. Mai. Ich mache hiermit allen Bevollmächtigten der Mitgliedschaften des Vereins bekannt, daß in der am 7. d. Mts. abgehaltenen Mitgliederversammlung in Hamburg die drei Hamburger Control-Commissionsmitglieder H. Brandt, W. Leo und H. Kruse wegen Verleumdung und Schädigung des Vereins bis zur Generalversammlung ihres Amtes enthoben sind. Ich ersuche alle Verdächtigungen, welche von diesen Herren ausgehen, nicht zu beachten und etwaige Zuschriften uns sofort zuzuschicken.

J. A.: H. Jürgensen,
Mörkenstraße Hof 7, Bude Nr. 7 in Altona.

Metallarbeitergewerksgenossenschaft.

Braunschweig. Gewerksgenossen! Nachdem nun der Lechhausener Strike, obwohl nicht zu unserer Zufriedenheit, beendet ist, liegt für uns kein Grund mehr vor, die einmal anberaumte und vollständig vorbereitete Generalversammlung zu verschieben, und wird solche in Rücksicht auf die uns zugegangenen Wünsche sowie aus praktischen Gründen Montag den 17. Mai, Morgens, in Mannheim eröffnet. Die Delegirten haben jedoch, wenn irgend möglich, schon Tags zuvor bis 4 Uhr Nachmittags einzutreffen. Mannheimer Genossen, an kleinen rothen Schleifen kenntlich, sind zum Empfang der Delegirten zu jeder Tageszeit auf dem Bahnhofe anwesend.

Genossen! Die Abrechnung pro erstes Quartal wird diesmal erst unmittelbar vor der Generalversammlung fertig werden, da in derselben der Monat April (mit dem Lechhausener Strike) aufgenommen wird.

An Anträgen zur Generalversammlung gingen noch ein:

Pforzheim. Antrag der Mitgliedschaft: Der wöchentliche Beitrag ist von 10 auf 13 Pf. zu erhöhen, um damit die „Union" und die Unionsverwaltungssteuer (Anmerk. d. Geschäftsf.: Fließt schon jetzt der Hauptkasse zu, da thatsächlich noch keine Unionsverwaltung existirt hat) aus der Hauptkasse zu entrichten.

Braunschweig. Antrag der Mitgliedschaft: Die Generalversammlung wolle beschließen: Alle bis jetzt circulirenden Statuten einzuziehen, da wohl 6—8 verschiedene Auflagen existiren, was schon oft zu großen Irrthümern Veranlassung gegeben hat.

Für die Vororts-Verwaltung:
C. Schubert.

Correspondenzen.

Leipzig. In der am 4. d. M. stattgehabten Sitzung des hiesigen Vereins Lassalleschule wurde beschlossen, dem Congreß zur Vereinigung der Sozialdemokraten Deutschlands folgenden Antrag zu Punkt 14 des Organisationsentwurfs zu unterbreiten. Desgleichen wurde der Antrag am 5. d. M. in der gemeinschaftlichen Sitzung der hiesigen Sozialdemokraten von Liebisch eingebracht; der Antrag gelangte jedoch nicht zur Spezialdebatte, da der Organisationsentwurf nach Berathung einzelner Paragraphen en bloc angenommen wurde.

Antrag. Der Congreß möge beschließen:

a) Die deutsche Arbeiterpartei besitzt zur Verfechtung und Klarstellung ihrer Angelegenheiten Parteiblätter, welche durch den Congreß nach Form, Tendenz und Ausgabe bestimmt werden.
b) Zur Ueberwachung der Parteiblätter wird am Druck- oder Ausgabeorte eine Preß-Commission Seitens der dortigen Parteimitglieder in geheimer Wahl gewählt für die Dauer eines halben Jahres; nach Verfluß des halben Jahres wird die Hälfte der Preß-Commission ausgeschieden. Die Ausgeschiedenen sind innerhalb eines halben Jahres nicht wieder wählbar.
c) Die ausschließlichen Funktionen dieser Preß-Commission sind: Prüfung der für die Parteiblätter eingehenden Correspondenzen, Genehmigung oder Verwerfung der eingesandten Artikel. Ohne die Zustimmung der Preß-Commission darf in das Parteiorgan Nichts aufgenommen werden.
d) Die Preß-Commission ist verpflichtet, wissenschaftliche Kräfte für das Parteiorgan zu gewinnen und zu erhalten.
e) Zur Unterstützung der Preß-Commission sind die Control-Commission und der Vorstand verpflichtet falls sich diese Behörden am Erscheinungsorte des Parteiorgans befinden. Diese Behörden haben die etwaigen Beschwerden zu prüfen und den Betrieb des Parteiorgans mit zu beaufsichtigen.
f) Die verantwortlichen Redakteure der Parteiblätter werden auf dem Partei-Congreß gewählt und deren Gehalt daselbst bestimmt. Die verantwortlichen Redakteure sowohl als die mit der Herstellung der Parteiblätter Beauftragten sowie die Expedienten können nicht in die Preß-Commission gewählt werden.
g) Die Parteiblätter müssen jede sachliche Zuschrift und in dringlichen Fällen auch persönliche Fragen oder Meinungen der Parteimitglieder aufnehmen, es steht aber den leitenden Redakteuren zu, berichtigende Zusätze oder Anhangsnotizen hinzuzufügen. Artikel, welche nicht aufgenommen werden können, weil sie in juristischer oder in anderer Hinsicht gegen die bestehenden Gesetze verstoßen, müssen dem Einsender unter Angabe des Grundes im Briefkasten als unaufnehmbar bezeichnet werden.
h) Beschwerden der Einsender oder Anklagen gegen die Leiter der Parteiblätter, Streitfragen über Artikel wissenschaftlichen oder sozialpolitischen Inhalts werden vom Ausschuß geprüft; bei Verstößen der Preß-Commission entscheidet die vorgenannte Behörde, eventuell die Mitglieder am Orte.

Berlin. Vorortsversammlung des Gewerkvereins der deutschen Fabrik- und Handarbeiter vom 18. April 1875. In der am 18. April, Scharrnstraße 12 getagt habenden Vorortsversammlung, welche von sämmtlichen Vereinen des Vororts zahlreich besucht war, erstatteten die Herren Sasse und Rohrmann Bericht über die Verhandlungen des letzten Verbandstags. An Stelle des Herrn Landgraf, welcher durch geschäftliche Reisen verhindert war, der Versammlung beizuwohnen, leitete der stellvertretende Vorsitzende des Generalraths, Herr Tornemann, dieselbe, welche Vormittags 11 Uhr eröffnet wurde. Herr Rohrmann berichtet kurz über den Zweck der heutigen Zusammenkunft, er hebt hauptsächlich hervor, daß gerade die Vertreter des Gewerkvereins der Fabrik- und Handarbeiter am allermeisten Grund hätten, einen möglichst wahrheitsgetreuen Bericht zu geben, da dieselben in vielen Fällen bei den Debatten sowohl wie auch bei den Abstimmungen in der Minorität waren, und glaubten die Vertreter schon aus diesem Grunde einen speciellen Bericht, welcher voraussichtlich in nächster Zeit auf anderem Wege nicht zu erhalten sei, geben zu müssen, überdies ist es nothwendig, die Ansicht der Mitglieder über das Verhalten der Vertreter auf dem Verbandstage zu hören, zumal die Meinung in der Regel vorherrschend ist, daß die Minorität im Unrecht sein müsse.

Herr Sasse gibt hierauf einen durchweg sachlichen Bericht und verweilt längere Zeit bei den Verhandlungen und Beschlüssen resp. Aenderungen der Verbands-Invalidenkasse und macht die Versammlung besonders darauf aufmerksam, daß gerade in diesem Punkt er sowohl wie Rohrmann entschieden andere Ansichten vertreten hätten, als die Majorität der Verbandstagsabgeordneten. Sie seien entschieden der Ansicht, daß, nachdem für die Kasse so gewaltige Aenderungen beschlossen worden, als: „Aufhebung der höheren Pensionen von 10—20 und über 20 Jahre u. s. w., Aufhebung der Bevorzugung Derjenigen, welche innerhalb der 5-jährigen Wartezeit durch Verunglückungen invalid werden, Aufhebung der Bestimmung, daß bei neugegründeten Ortsvereinen innerhalb drei Monaten auch ältere Mitglieder aufgenommen werden können u. s. w." eine Erhöhung der Beiträge um 50 Proz. wenigstens bis zum nächsten Verbandstage nicht nothwendig war, obgleich die gewissenhafte (?) Berechnung der in Aussicht gestellten Invaliden durch den Sachverständigen Dr. Zillmer volle Anerkennung verdient, so hätten sie beide immer noch die Ansicht, daß die Praxis doch ein vielleicht viel günstigeres Resultat aufweisen könne, zumal ja auch vom Sachverständigen (?) zugegeben wurde, daß seine Berechnung nur auf Wahrscheinlichkeit beruhe. Es kann demnach wohl nicht behauptet werden, daß die Kasse dem Ruin nahe war, wenn nach all den beschlossenen Verbesserungen nicht auch noch eine Erhöhung der Beiträge um 50 Proz. beschlossen wurde. Die beiden Vertreter seien ferner auch der Ansicht, daß die vom Sachverständigen (?) Dr. Zillmer aufgestellte Wahrscheinlichkeitsrechnung möglicher Weise in den ersten fünf Jahren noch gar nicht zutreffe, und sei die gegenwärtige geschäftslose Zeit nicht dazu angethan, die Beiträge vorzeitig zu erhöhen, indem einem großen Theil der Mitglieder bei dem geringen Lohn die Leistung der jetzigen Beiträge schon sehr schwer falle. Man hätte auch wohl ruhig eine Erhöhung der Beiträge, wenn sich die Nothwendigkeit überhaupt herausstellen sollte, dem nächsten Verbandstag überlassen können, ohne daß die Lebensfähigkeit der Invalidenkasse in Frage gestellt worden wäre. Was aber den Mitgliedern noch berichtet werden müsse, sei das, daß solche schwer wiegend.

Beschlüsse vom Verbandstag nicht einmal statutengemäß gefaßt wären, sondern, nachdem bereits alle Aenderungen der Invalidenkasse beschlossen waren, habe erst der Anwalt auf das statutenwidrige Verfahren aufmerksam gemacht, da das Verbandsstatut vorschreibt, daß alle Statutenänderungen der Verbands- und Invalidenkasse durch Namensaufruf und mit zwei Drittel Majorität beschlossen sein müssen, wenn dieselben verbindliche Kraft haben sollen. Dies Verfahren sei aber nicht beachtet worden, sondern man habe ganz einfach durch Handaufheben abgestimmt. Anstatt nun aber den Fehler durch eine nochmalige Abstimmung wieder gut zu machen nach Vorschrift des Statuts, habe man ganz einfach und zwar wieder durch Handaufheben beschlossen, alle statutenwidrigen Beschlüsse für statutengemäß gefaßt zu betrachten, ja es sei sogar vorgekommen, daß über einen Antrag des Sachverständigen(?) Zillmer, welcher kurz vor der Mittagspause abgelehnt wurde, auf Wunsch und nach sehr warmer Befürwortung des Anwalts sofort nach der Mittagspause noch einmal abgestimmt und derselbe dann angenommen wurde.

Die Versammlung drückte ihr Bedauern über eine derartige Geschäftsführung und über die statutenwidrigen Beschlüsse des Verbandstages durch allgemeine Mißbilligung aus. Hierauf wurde folgender Protest von den Herren Tornemann und Nicolai, welche als Gäste den Verbandstags-Verhandlungen in Leipzig beiwohnten, eingebracht und derselbe nach längerer Diskussion einstimmig angenommen:

Protest.

Die heute am 18. April 1875 in Café Nürnberg zu Berlin tagende Vorortsversammlung des Gewerkvereins der deutschen Fabrik- und Handarbeiter protestirt gegen die Beschlüsse, welche der zu Ostern d. J. in Leipzig getagt habende Verbandstag in Bezug auf die Verbands-Invalidenkasse gefaßt hat, und erkennt deren Gültigkeit nicht an. Ebenso fordert die Versammlung den Generalrath obigen Gewerkvereins auf, diesen Protest sämmtlichen Ortsvereinen obigen Gewerkvereins durch das nächste Generalrathsprotokoll zur Kenntniß zu bringen und die Ansichten der verschiedenen Ortsvereine über den Protest, zu Händen des Generalraths, schriftlich einzufordern. Ferner beauftragt die Vorortsversammlung den Generalrath der Fabrik- und Handarbeiter, von diesem Protest und dessen Motiven dem Centralrath der deutschen Gewerkverein umgehend Kenntniß zu geben.

Motive zum Protest.

1) Der § 11 des Verbandsstatuts schreibt vor, daß auf dem Verbandstage, wenn es sich um Abänderung von Statuten handelt, namentliche Abstimmung stattfinden müsse, und zur Gültigkeit der Beschlüsse zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erforderlich seien.

Dies Verfahren ist aber von dem Verbandstage nicht innegehalten worden, und ist man erst mit der wirklichen Ausführung dieser statutarischen Bestimmungen vorgegangen, nachdem bereits alle Angelegenheiten der Invalidenkasse erledigt waren. Man hat sich für kompetent gehalten, nachträglich die bereits gefaßten Beschlüsse als zu Recht bestehend zu erklären durch eine zu diesem Zweck veranlaßte Abstimmung, bei welcher fast einstimmig die Gültigkeits-Erklärung ausgesprochen wurde. Aber auch gegen diese nachträgliche Abstimmung müssen wir protestiren und zwar:

a) weil dieselbe nicht namentlich, sondern nur durch Handaufheben stattgefunden hat,
b) haben die Vertreter der Maschinenbauer, welche gar nicht Mitglieder der Verbands-Invalidenkasse sind, bei dieser Abstimmung mitgestimmt;
c) bestreiten wir die Competenz des Verbandstags, einmal statutenwidrig gefaßte Beschlüsse späterhin als legale zu proklamiren;
d) ebenso will es uns nicht einleuchten, daß der Verbandstag berechtigt sei, wie es geschehen, einen kurz vor der Mittagspause über die Invalidenkasse abgelehnten Antrag gleich nach Tische auf die Veranlassung des Anwalts wieder zur Debatte zu stellen und eine nochmalige Abstimmung vorzunehmen, in welcher der Antrag schließlich angenommen wurde, jedoch wiederum nicht mit zwei Drittel Majorität.

2) Der § 8 des Verbandsstatuts setzt die Zeit von 6 Wochen fest, in welcher vor dem Zusammentritt des Verbandstags die Tagesordnung desselben bekannt gemacht werden muß. Später eingehende Anträge kann der Verbandstag nach § 10 (zweiter Satz) nur mit zwei Drittel Majorität für dringlich erklären. Diesen Statuten-Bestimmungen gegenüber hat der Verbandstag statutenwidrig gehandelt, indem er über die Dringlichkeit der Anträge des Sachverständigen Zillmer nicht abgestimmt hat.

(Schluß folgt.)

Bremerhafen, 17. April. Zur Feier des 50. Geburtstages Lassalle's tagte am 11. April im Colosseum eine gut besuchte Volksversammlung, in welcher Parteigenosse Slauck über „Ferdinand Lassalle und sein Wirken für die Arbeitersache" referirte. In einer einstündigen Rede, von welcher ein Theil dem Lebenslaufe, der andre den Agitationen Lassalle's gewidmet war, entledigte sich der Referent seiner Aufgabe sehr geschickt. Er betonte hauptsächlich, daß Lassalle es gewesen, der dem Sozialismus die Bahn in Deutschland geebnet habe. Allgemeiner Beifall belohnte den Redner. Hierauf erbat sich Herr Louis Wolfersdorf das Wort, welcher, in Anbetracht eines auf einem Schiffe vorgekommenen Unglücksfalles, den Referenten ersuchte, das Haftpflichtgesetz ein wenig zu beleuchten, welchem Wunsche Parteigenosse Slauck auch sofort Folge leistete. Nachdem derselbe die Haken und Häkchen, welche dem Haftpflichtgesetze anhängen, an's Tageslicht gezogen und der Fragesteller sich mit den Ausführungen Slauck's vollständig zufriedengestellt erklärt hatte, wurde die Versammlung geschlossen. Am Bureamische fungirten A. Schütt als erster, C. Stoppel als zweiter Vorsitzender und Unterzeichneter als Schriftführer.

Mit Gruß Johannes Sältz.

Geestendorf, 20. April. Als im vergangenen Jahre die Verfolgung der Sozialisten in Norddeutschland ihren Anfang nahm, da hielten es die hiesigen Mitglieder der Partei für praktischer, die Mitgliedschaft nach der Bremer Republik(?) zu verlegen, weil dieselbe dort lange nicht den Chikanen wie im Kaiserl. Königl. deutschen, resp. preußischen Gebiete, ausgesetzt ist. Jetzt nun, wo in Bremerhafen der Grundstein gelegt ist und von Tag zu Tag das Gebäude ausgebaut wird, erkannten die alten Geestendorfer es für ihre Pflicht, sofern sie nicht für feige gelten wollten, die alte Mitgliedschaft wieder in's Leben zu rufen. Zu diesem Zwecke war Montag den 19. d. M. eine öffentliche Arbeiterversammlung einberufen worden, in welcher Parteigenosse Slauck über „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei und ihre Bestrebungen" referirte. In fünfviertelstündiger Rede setzte derselbe den Anwesenden Punkt für Punkt des Programms auseinander, stellte als einziges Mittel zur Realisirung aller Forderungen den Kampf in geschlossener Phalanx hin und schloß unter allseitigem Beifall mit der Aufforderung, sich in die Listen der Partei einzeichnen zu lassen. Nach Beendigung des Referats wurde eine Resolution, dahingehend, daß die Versammlung sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erkläre, einstimmig angenommen. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Beschlußfassung behufs Constituirung einer Mitgliedschaft", wurde kurz hinweggegangen, indem Slauck noch einmal die Anwesenden in kräftigen Worten zum Anschluß aufforderte. 24 Mann leisteten dem sofort Folge; alles Männer, welche der Partei bisher noch nicht angehört hatten. Verschiedenen war es nicht möglich, das Eintrittsgeld zu bezahlen, sonst hätten wir noch ein besseres Resultat erzielt. Doch der Anfang war gut; frisch ans Werk, dann kommen wir bald ans Ziel.

Mit Gruß G. Kauffmann, erster Vorsitzender.
J. Bellmer, zweiter Vorsitzender.
A. Schütt, Schriftführer.

Innere Partei-Angelegenheiten.

Die Mandat-Formulare zum Einigungs- und Partei-Congreß kommen Mittwoch, den 12. ds. Mts., zur Versendung.

Hamburg, 10. Mai 1875. Der Ausschuß.
J. Auer, Sekretär.

An die Vorstände der deutschen Gewerkschaften sowie der lokalen Fachvereine.

Die Unterzeichneten fordern die Vorstände zur Theilnahme zu der am 28. Mai in Gotha stattfindenden Gewerkschafts-Conferenz auf.

Die Conferenz tagt im Kaltwasser'schen Lokal und beginnt am 28. Mai Vormittags 9 Uhr. Die Delegirten müssen jedoch schon am 27. Mai Abends in Gotha eintreffen, woselbst sie von den dortigen Parteigenossen — erkenntlich an rothen Schleifen — empfangen werden.

Die Conferenz hat den Zweck, für die deutsche Gewerkschafts-Bewegung allgemeine Organisations- und Centralisationssatzungen — unter möglichster Berücksichtigung der augenblicklich für viele Gewerkschaften geltenden — aufzustellen, durch welche eine Einigung der einer Berufsklasse angehörenden, aber augenblicklich in zwei Organisationen getheilten Arbeiter ermöglicht werden kann.

Auch soll die Conferenz sich mit der Ausarbeitung einer Congreß-Vorlage beschäftigen, durch welche eine Centralverbindung sämmtlicher Gewerkschaften — ohne daß eine derselben in ihrem selbständigen Handeln geschädigt werden könnte — hergestellt werden kann, und soll die Zeit festsetzen, in welcher dieser Congreß stattfinden soll.

Es ist nothwendig, daß jeder Delegirte die Statuten der Organisation, welcher er angehört, mit zum Congreß bringt. Alles weitere, was besprochen werden soll, beschließt die Conferenz, und steht es jedem Delegirten frei, beliebige Anträge zu stellen.

Jeder Vorstand einer centralisirten Gewerkschaft oder eines Fachvereins kann zu dieser Conferenz so viel Delegirte schicken wie er will, doch müssen diese Delegirten bis spätestens den 25. Mai Herrn W. Bock in Gotha, wohnhaft Fritzelsgasse 27, gemeldet sein, damit für Quartier gesorgt werden kann.

Mögen die geehrten Vorstände genannter Verbindungen den guten Zweck dieser Conferenz wohl erkennen und recht zahlreich auf derselben vertreten sein.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Otto Kapell, Berlin. H. Nieke, Braunschweig.
H. Groß, Hamburg.

Für den **Partei-Unterstützungsfond** ging bei dem Unterzeichneten seit letzter Quittung ein:

Langenberg d. Kühnrich 1,00; Breslau d. Jast 1,80; Augsburg d. Endres 8,40 und 3,00; Limbach v. W. Wirth 1,00; Frankfurt a. M. v. Sabor 6,00; Mülhausen i. Th. d. Pölitz 4,00; Ernstthal d. William Koch 1,40 und 4,50; Erfurt v. Krauthans und Fritz 1,20; Hamburg d. Schulz 11,60; Coburg d. Jul. Heymann 2,21; Eßlingen d. Vögile 3,00 und 2,00; Fürth d. Löwenstein 32,31; Nieder-Rabenstein d. O. Tannert 2,95; Mylau d. Frommhold 1,00, d. freiw. Beitrag 12,00; Reichenbach freiw. Beitr. 15,00; Grossenhain d. W. Günther 9,45; Hamburg Streithaler v. J. und M. 3,00; Sächseln J. R. 0,60; Düsseldorf d. W. Wentler 3,00; Darmstadt Abendunterhaltung der Schuhm., Holzarb. u. Metallarb. d. Bohn 6,00; Schwabing d. Greußling 1,00; Dresden d. R. Träger 25,5 verrechnet; Halle a. d. S. d. J. Beyer 3,20; Frankfurt a. M. d. J. Schade 2,50; Crimmitschau d. J. Mehlhorn 105,00; Kürten d. S. Fischer 2,11; Meiningen d. J. G. Güth 3,00; Sonneberg d. C. A. Steiner 3,80; Stollberg Arbeiterliederkranz d. Frenzel 3,00; Oberlungwitz d. H. Lorenz 2,90.

Angesichts der vielen Gemaßregelten sind weitere Zusendungen für den Unterstützungsfond erbeten.

Für die Vertrauensmänner zur Nachricht, daß die bevorstehende Abrechnung, um dem Congreß vorgelegt werden zu können, am 15. Mai abgeschlossen wird. Geldsendungen sind also so früh abzusenden, daß sie spätestens am 15. d. Mts. hier eintreffen. — Diesmal dürfen auch die Zahlungen für Protokolle und Material nicht vergessen werden.

Parteigenossen, bedenkt, nur die Erfüllung der Pflichten gegen die Parteikasse berechtigt zur Vertretung auf dem Congreß!

Hamburg, 1. Mai 1875.

H. Benneke, Kleiner Schäferkamp 36.

Quittung IV.

Für die Hinterbliebenen York's ging im Monat April d. J. bei dem Unterzeichneten ein:

Augsburg, d. J. Endres M. 8,00 u. 6,00.
Bayreuth, Gewerkschaft d. Holzarb., v. Wendel 5,48.
Bremen, auf Liste d. Klüssendorf 3,00.
Breslau, auf Listen d. Just 15,55.
Burgfeld-Hohenfelde, Liste 99 d. Sergel 21,32.
Cassel, auf Liste d. Gernhardt 7,00.
Crimmitschau, gesam. d. Bötticher 26,48; Expedition d. „Bürger- und Bauernfr." 16,28.
Dessau, Liste 1 d. Becker 3,65.
Dresden, auf 2 Listen d. R. Träger 14,30.
Ernstthal, auf Liste d. Bohne 11,51.
Frankfurt, a. M., Anonymus 3,00.
Gebesee, d. J. F. Panser von Holzarb.-Gew. 3,00.
Gößnitz, d. J. G. Hüttig 11,00.
Hamburg, v. H. Meyer 1,00; d. Kirn 1,10; Liste 70 d. W. Lüders in Billwärder-Neuendeich 1. Rate 15,00.
Harburg, Liste 1, 2, 3 d. A. Otto 14,50.
Kappel bei Chemnitz, v. Hicketbier 3,90.
Köln, d. Mostopp 1,50; Gewerkschaft d. Holzarb. d. Klipper 20,85.
Leipzig, Holzarb.-Gew. Liste 2 d. Wilecke bei Feurich 8,60; d. Seifert bei Blüthner 4,95; d. H. Schiffel 8,80.
Mainz, d. Lemoisne 3,00.
Marburg, d. Aug. Klein 6,30.
Mylau, d. Frommhold 2,00.
Neundorf, d. G. Otto 4,25.
Neustadt b. Stolpen, d. H. Römer 1,00.
Nürnberg, d. C. Grillenberger 15,50.
Pinneberg, d. H. Fahl 8,30.
Regensburg, d. J. Sommer 4,28.
Reutlingen, d. Carl Starck 10,31.
Reichenbach, d. C. Wolf 4,78.
Schwäb.-Gmünd, d. J. Schwab 9,00.
Segeberg, Liste 282, 283, 284 d. H. Sorgerfrei 9,66.
Sommerfeld, bei 1 Abendunterhaltung d. Fricke 4,00.
Stuttgart, Zusammenkunft d. Schuhm.-Gew. d. Bringmann 2,00.
Verden, d. Räpcke 8,25.
Zwickau, d. Carl Hofmann 4,04.

Weitere Beiträge nimmt entgegen:

August Geib, Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion. H. G. in A.: In Ehescheidungsangelegenheiten sind die sächsischen Gesetze noch in Kraft. — H. M. in St. M.: Ihr Mahnbrief traf zu spät ein, um für die Wahlen noch Verwendung finden zu können. —

der Expedition. Griener, Schuhmachergewerkschaft: Auf Ihre Correspondenzkarte fehlt die Angabe des Wohnortes, der Poststempel ist unleserlich. Wenn Ihnen eine Nr. des Blattes nicht zukommt, reklamiren Sie bei Ihrer dortigen Postexpedition, die verpflichtet ist, die vollzähligen Nummern des Quartals zu liefern, hat die Exped. diese Nr. nicht erhalten, so muß sie sich an die hiesige Post halten, und dort reklamiren. — Rpkr Wien: Weder Post noch Polizei hat ein Recht einen Brief zu öffnen, aber die Gewalt haben sie und das Sprüchwort sagt: „Gewalt geht vor Recht." — Otto Grudmann Großenhain: Geben Sie uns an, von welcher Seite an und wie viele Seiten in der Weltgesch. fehlen.

Zum Wahlfond.

Von Rchtr hier 1.40. Liste Nr. 7 W. Pfau 7.50. Volksversamml. in der Tonhalle 180.57; v. Liste Nr. 1 v. Bd. 3.00. Urban Forste v. dortigen Parteigenossen 7.25; v. Arbeitern der Warnekeschen Cigarrenfab. Hamburg 6.00; v. Liste 22 Wiegandsche Druckerei hier 5.00. C. F. hier 3.00. Holzarbeitergewerkschaft hier d. S. 60.00; v. Liste 29 d. Krey hier 6.00; v. Liste 6 d. Bde. 3.75. Liste 24 d. Willecke Holzarb. 10.65 Liste 32 d. Fink hier 1.00. Liste 8 d. Ludwig 3.45. Liste 30 d. Krieger 1.5. Liste 14 Eisengarten 6.50. Soz.-demokr. Wahlverein Berlin d. J. Hinb. 5.10. Langes Schneiderwerkstatt hier 2.67; v. Schfr. hier 1.00; v. O.Cr. hier 3.00; v. Starkeschen Schneiderwerkstadt d. Rudolph 9.00; v. C. C. 3.00. in voriger Nr. Liste 1 in Summa 15.00. quittirt v. Liste Nr. 23 d. Richter 16.50. C. Hrsch Paris 20.00.

Fond für Gemaßregelte.

Klüssdrf Bremen 2.00. in Nr. 48 irrthümlich „Barmen" quittirt; v. Dr. T. hier 1.50. Club Morgenroth hier 7.50. Lddhs. Schleiden 1.00.

Anzeigen 2c.

Berlin

Verein für Sattler und Berufsgenossen.

Den Delegirten zur Nachricht, daß die Generalversammlung

Sonntag, den 16. Mai, Vormittags 9 Uhr

beginnt im Waldschlößchen, Stadtrestauration 2 Treppen Postplatz.

Sonnabend, den 15. Mai, Abends 8 Uhr

Vorbesprechung in demselben Lokal.

Es ist daher nothwendig, daß die Delegirten Sonnabend eintreffen.

Der Vorstand. [80]

Bremen Sämmtliche Parteigenossen und Volksstaatsabonnenten werden hiermit am Mittwoch, den 12. Mai, Abends präcise 8½ Uhr bei Göbel, Balgebrückstraße 18, zu einer Berathung betreffs des Congresses eingeladen. Pünktliches Erscheinen Aller erwartet.

Der Vertrauensmann.

Bremen

Aufforderung.

Am 2. Pfingstfesttage, Morgens früh:

Marschtour!

Alle Arbeiter Bremens mögen daran theilnehmen. Die beiden Gesangvereine Lassallia und Fraternité, sowie noch andere Freunde werden für Unterhaltung und Humor Sorge tragen. Zusammenkunft Morgens 4 Uhr bei Dunker, Sögestr. 27. [80]

Am Dienstag, den 18. d. Mts.

Großer Arbeiter-Ball

in den großen Räumen der Tonhalle. Karten à 60 Pf. sind an den bekannten Verkaufsstellen zu haben. Das Fest-Comité des Allgem. deutschen Arbeiter-Vereins. [325]

Düsseldorf Donnerstag, den 13. Mai, Abends 8½ Uhr:

Oeffentliche Sozialisten-Versammlung

im Lokale des Herrn Wohlwegen, am Werhan.

Tagesordnung: 1) Der Sozialismus und das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht. Referent Dutzhauer. 2) Der Vereinigungs-Congreß der deutschen Sozialdemokraten. C. Maaß. [60]

Danksagung.

Allen Vereinen, Freunden und Gesinnungsgenossen, die mich gestern, an meinem siebzigsten Geburtstage, durch Zuschriften, Telegramme oder sonstige Beweise des Wohlwollens erfreut haben, danke ich aus vollem, tiefbewegten Herzen. Mögen sie ferner mir ihre Freundschaft bewahren.

Königsberg, den 1. Mai 1875. **Dr. Johann Jacoby.**

In unserm Verlage ist erschienen und ausnahmsweise nur durch direkte Versendung zu beziehen:

Sozialdemokratische Lieder und Deklamationen.

3. Auflage. (80 Seiten, Taschenformat.) Broschirt 25 Pfennige.

Jede Versendung unfrankirt; nichts in Commission (nur „fest"). Anders als gegen baar wird überhaupt nur an uns genügend bekannte Besteller versandt. (Briefe nach der Schweiz erfordern 20 Pf. Frankirung.)

Volksbuchhandlung (J. Franz), Zürich (Schweiz).

NB. Die Uebermittelung von Bestellungen übernimmt die Buchhandlung des „Volksstaat". 3a [275]

Genossenschaftsbuchdruckerei

zu Leipzig.

Hiermit geben wir allen Genossenschafts-Mitgliedern bekannt, daß die diesjährige

ordentliche Generalversammlung

am **Donnerstag, den 27. Mai. Nachmittags 2 Uhr**, im Kaltwasser'schen Saale zu **Gotha** stattfindet.

T.-O.: 1) Jahresbericht und Richtigsprechung der Jahresrechnung.
2) Feststellung der Dividende und Beschluß über die Verwendung von Ueberschüssen.
3) Feststellung des Verwaltungs-Etats.
4) Wahl des Vorstandes.
5) Bestimmung über den Sitz des Aufsichtsrathes.

Die Mitglieder werden aufgefordert, entweder persönlich oder durch Stellvertretung an der Generalversammlung Theil zu nehmen. Laut § 18 des Statuts sind jedoch nur solche Mitglieder zur Abstimmung u. s. w. berechtigt, welche mit ihren Einzahlungen nicht länger als 3 Monate im Rückstande sind.

Mitglieder, welche sich auf der Generalversammlung vertreten lassen wollen, haben sich an den Aufsichtsrath behufs Uebermittelung eines abgestempelten Vollmacht-Exemplars zu wenden. Wohnen mehrere Mitglieder an einem Orte, so ist zu empfehlen, sich gemeinschaftlich die Vollmacht-Exemplare von dem mitunterzeichneten Aug. Geib zu verschreiben.

Hamburg, den 6. Mai 1875.

Der Aufsichtsrath.
J. A.:
J. Martienssen, Vorsitzender.
August Geib, Rödingsmarkt 12.

Diejenigen Mitglieder, **welche ihren Antheilschein noch nicht voll bezahlt haben**, werden angesichts der im Mai stattfindenden Generalversammlung hiermit ersucht, baldigst ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Alle Gelder sind an Chr. Hadlich, Leipzig, Zeitzerstr 44 zu senden.

Leipzig und Hamburg, den 6. Mai 1875.

Der Vorstand und Aufsichtsrath.

Verantwortlicher Redakteur: H. Rindt.
Redaktion Hohestraße 4, Expedition Zeitzerstraße 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.